

Laufen will Bankenfusion im Juli vollziehen

Um die Fusion der Regiobank Laufen mit der Banque Jurassienne d'Epargne et de Credit zu vollziehen, ist das Zweidrittelmehr erforderlich. Die Generalversammlung der Regiobank Laufen nahm diese Hürde gestern trotz Zitterpartie. Der Jura entscheidet heute.



Fusionieren oder nicht?
Darüber und über die im letzten Jahr vorgenommenen Wertberichtigungen zerbrachen sich gestern die Aktionäre der Regiobank Laufen den Kopf.

Foto
Dominik Plüss

Breitenbach/Laufen. bea. Jean-Baptiste Beuret, Direktor der Banque Jurassienne d'Epargne et de Credit, staunte gestern Abend nicht schlecht, als die Mitarbeiter der Regiobank Laufen bekannt gaben, dass über 690 Aktionäre zur Generalversammlung in Breitenbach erschienen sind. Bislang hatte Beuret geglaubt, die Generalversammlungen seiner Bank seien die am besten besuchten. Im Verlaufe des Abends erfuhr er ausserdem, dass die Laufentaler und Thiersteiner nicht nur gesellig, sondern auch sehr kritisch sind. Zur Abstimmung über die Fusion zwischen den beiden Banken kam es erst nach rund vier Stunden. Grosse Spannung machte sich bei Beuret und

Alexander Imhof, Verwaltungsratspräsident der Regiobank Laufen, breit, als sich sehr viele Aktionäre für eine geheime Abstimmung aussprachen. Um eine offene Abstimmung zu verhindern, waren 231 Stimmen, also ein Drittel aller Stimmen notwendig. Mit 213 Befürwortern wurde dieses Quorum knapp verpasst. Doch erhoben sich ebenso viele Aktionäre, um ihr Nein – den Aktienstimmen entsprechend – in die Urne zu werfen. «Sie fürchteten um das alljährliche Festessen», spekulierte ein Treuhänder über die «wahren» Beweggründe der Fusionsgegner. Auf der Bühne streckten die Verwaltungsräte aufgeregt die Köpfe zusammen. Die zuvor gestellte Frage, was aus der Regiobank Laufen

werde, wenn sie nicht fusionieren wolle, hatte Imhof natürlich nur hypothetisch beantworten können. Eines schien ihm allerdings sicher: «Sollte es die Bank in fünf Jahren noch geben, wird sie den Aktionären wohl nicht mehr viel Freude bereiten.»

Noch zuvor war ein aus der Versammlungsmitte gestellter Antrag auf Abänderung des Fusionsvertrags chancenlos. Der Votant versuchte plausibel zu machen, dass die Laufentaler und Thiersteiner bei diesem Fusionsgeschäft die grossen «Verlierer» seien. Gemäss seinen Berechnungen erfolge die Kapitalverteilung zum Nachteil der Aktionäre der Regiobank Laufen. Nachredner schlossen sich dem an und

hinterfragten den Verteilschlüssel. Obwohl Imhof als auch der Vertreter der Revisionsstelle – der Pricewaterhouse-Coopers AG – betonten, dass die ausgehandelten Fusionsbedingungen (die BaZ berichtete) für beide Partner fair seien. «Ich bin sogar der Meinung, dass wir mit 35 Prozent ein für unserer Aktionäre gutes Verhandlungsergebnis erreicht haben», so Imhof; zumal die Banque Jurassienne mehr als doppelt so hohe Gewinne erziele und substanzmässig zu den besten Regionalbanken der Schweiz gehöre. Dabei spiele nicht nur der aktuelle Wert des Unternehmens eine Rolle, sondern auch seine Zukunftschancen auf dem Markt, gab der Revisor zu bedenken.

Alle Bedenken konnte der Verwaltungsrat nicht zerstreuen, doch die Mehrheit der Aktionäre für sich gewinnen: Mit 10742 Ja- zu 1782 Nein-Stimmen fiel das Resultat nach anfänglicher Zitterpartie eindeutig aus – zur sichtbaren Erleichterung von Imhof und Beuret. Sie beide sind fest davon überzeugt, dass die «Bank Jura Laufen» an Stärke und Rentabilität gewinnen wird. Wie Beuret als Direktor der fusionierten Bank erklärt, sind die Vorbereitungen bereits weit vorangeschritten, so dass die Fusion bis zum Juli vollzogen werden kann, sofern heute auch die Jurassier ihren Segen geben.

«Die Steigerung der Rendite» nennt Beuret als erstes Ziel der neuen Bank. Mittelfristig strebt er eine Expansion in Richtung Basel an mit der Eröffnung von weiteren Geschäftsstellen. Was die künftigen Generalversammlungen anbelangt, so kann Beuret die Fusionsgegner beruhigen. «Das Festessen wird nicht gestrichen.»

Schliessung vor der Abstimmung

Breitenbach/Solothurn. bea. Dass sich der Solothurner Regierungsrat und das Spitalamt die Schliessung des Bezirksspitals Thierstein seit Jahren wünschen, ist kein Geheimnis. Über den Antrag des Stiftungsrats, das Akutspital bereits Ende Juni zu schliessen, ist Spitalamt-Chef Franz Müller dennoch «nicht glücklich», wie er sagt. «Der Zeitpunkt für die Schliessung ist äusserst ungeschickt», so Müller. «Da die Volksabstimmung erst im November durchgeführt werden kann, kommt es zur Situation, dass über eine Schliessung abgestimmt wird, die bereits vollzogen ist.» Durch das lange Zuwarten hinke in Breitenbach das Gesetz der Realität hinterher und der Zeitdruck sei enorm. Am Abstimmungsprozess wird aber nicht gerüttelt: «Eine Spitalschliessung muss vors Volk», betont Müller. Für den Fall, dass das Volk die Schliessung ablehnen würde, lautet Müllers Prognose: «Dann werden die Steuern angehoben.» Damit liesse sich allerdings das Problem des Personal- und Patientenmangels nicht beheben. Müller hofft denn auf den Volkssegen für die Schliessung. Zwingend vors Volk müsse auch der finanzielle Aspekt der Umstrukturierung (Kostenpunkt 7,8 Mio. Franken). Ab fünf Mio. Franken bestehe das obligatorische Referendum. Über die Gebäulichkeiten werden Regierungsrat und Stiftungsrat in eigener Regie entscheiden. Vorgesehen sei, so Müller, dass die Gebäude Eigentum des Kantons wären und dem Kompetenzzentrum fürs Alter gratis im Baurecht zur Verfügung gestellt würden. Gemäss Müller wird sich der Regierungsrat Ende April und der Kantonsrat im Juni zur Vorlage äussern, wobei der Regierungsrat dem «Neuanfang» in Breitenbach sehr positiv entgegenstehe, sagt Müller, der gestern die Wortführung übernahm. Rolf Ritschard war nicht zu sprechen.

Auf einen «Neuanfang» hofft der Breitenbacher Gemeinderat Christian Thalman. Nach der Info-Veranstaltung, an der auch die Laufentaler Gemeinden zahlreich vertreten waren, steht er dem geplanten Projekt positiv gegenüber. Was die vor kurzem vom Breitenbacher Gemeinderat geäusserte Kritik anbelangt, so meint er: «Das war etwas voreilig und undiplomatisch.» Für Thalman ist denn etwas klar: «Die Thiersteiner dürfen sich nun nicht zerfleischen, sondern müssen gemeinsam mit den Laufentalern an einem Strick ziehen. Sonst stehen wir letztlich vor einem Scherbenhaufen.»

Streit am Goetheanum geht weiter

Dornach. ser. Die Generalversammlung der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft von heute Samstag sorgte bereits gestern für Wirbel. Sowohl der Vorstand als auch Vertreter der Klageparteien luden gestern Nachmittag zu einer Pressekonferenz ein und legten ihre Standpunkte dar.

Mit vier Anträgen wollen die Kläger an der Versammlung auf die Mitgliederversammlung von Weihnachten 2002 zurückkommen und die Konstitutionsfrage nochmals diskutieren. Es gehe nicht an, dass der Vorstand das Antragsrecht des einzelnen Mitglieds mit den neuen Statuten einschränke, erklärte Laurenz Kistler von Media-Service Anthroposophie Basel.

Die Souveränität der Mitglieder werde dadurch eingeschränkt. «Das ist ein Rückfall hinter die Errungenschaften der Aufklärung», doppelte Detlef-Olaf Böhm von der Gruppe zur Erneuerung der Anthroposophischen Gesellschaft nach und sprach sich klar gegen zu viel Macht des Vorstandes aus. «Die Zentralmacht muss entflochten

werden», sagte er. So sollen die drei Bereiche, freie Hochschule, Administration/Goetheanum und Mitgliedergesellschaft klar getrennt werden. Der Vorstand müsse dem Grundsatz der Meinungsfreiheit nachkommen und dürfe nicht nur die Meinung des Vorstandes zur Konstitutionsfrage gelten lassen, verdeutlichte Andreas Wilke von der Anthroposophischen Gesellschaft, Christian-Rosenkreutz-Zweig.

Im Vorstand hat man für dieses Anliegen wenig Verständnis. Paul Mackay, Mitglied des Vorstandes, erklärte gestern im Goetheanum, jedes Mitglied sei in seiner geistigen Haltung frei und jede Gruppierung der Anthroposophischen Gesellschaft könne sich autonom organisieren. «An der Generalversammlung werden jedoch nicht ideale Beschlüsse, sondern Verfahrensentscheide gefällt», sagte Mackay und erklärte, der Vorstand nehme Anregungen aus den einzelnen Gruppierungen jederzeit auf.

Sowohl Mackay als auch Pressesprecherin Isabell von Heymann beton-

ten, dass es sich bei den Anthroposophen, die mit dem Vorgehen und den Beschlüssen der Weihnachtstagung 2002 nicht einverstanden sind, um eine kleine Minderheit handle.

Vor Gericht konnte diese Minderheit jedoch bereits einen ersten Erfolg erzielen. So ist das Richteramt Dorneck-Thierstein auf ihre Anträge eingegangen und hat einstweilig verfügt, dass die Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft (Weihnachtstagung) bis zum Ende des Hauptverfahrens keine rechtsgeschäftlichen Handlungen vornehmen darf (die BaZ berichtete).

Die Zeit, die durch die Aufschiebung gewonnen wurde, soll nun konstruktiv genutzt werden. Laurenz Kistler wird der Generalversammlung einen Antrag für ein freiwilliges Moratorium und für eine zukunftsgerichtete Erkenntnisarbeit unterbreiten. Über die Zukunft der Gesellschaft müsse nun konstruktiv nachgedacht werden. Anders sieht dies der Vorstand. Bedenkzeit ist seiner Ansicht nach nicht nötig.

Bürgerschreck Zanetti tritt nach

Dornach. rock. Der Wahlkampf ist lanciert – auch im Schwarzbubenland. Am Mittwoch redete sich SP-Regierungsratskandidat Reto Zanetti beim FdP-Hearing in Dornach und seine Widersacher Klaus Fischer (CVP) sowie Heinz Müller (SVP) hielten dagegen. Einen Tag später legte der einstige Bürgerschreck Zanetti im Kreis der Genossen dann nach. Die Gesprächsführung von FdP-Kantonpräsident Ruedi Nützi sei mitunter skandalös und die politischen Versprechen Müllers ebenso glaubwürdig wie die Existenz des Osterhasen gewesen, sagte der Gewerkschafter an der Versammlung der SP Dorneck-Thierstein.

Nette Worte fand der Linke bei der Beurteilung der Abwesenden einzig für Klaus Fischer. «Er ist ein hoch intelligenter und hoch anständiger Mann.» Im Gegensatz zu Fischer stellte sich Zanetti selbst als Macher und Kommunikationswunder dar, das auch politische Widersacher für sich einnehmen kann. «Meine Stärke ist der kommunikative Nahkampf», sagte er über sich selbst. Das habe er während zehn Jahren als Gemeindepräsident von Gerlafingen und danach als Präsident der Solothurner Finanzkommission bewiesen. Dass er als Nationalrat in Bern in der Versenkung verschwunden ist, erklärte der

einstmals wilde Turnschuh-Sozialist und unrasierte Paradiesvogel mit den Mechanismen der Bundespolitik, die ihm offenbar nicht liegen. «Entscheidend ist dort die Selbstinszenierung», gab er sich für einmal scheu.

Seinem Ärger über das Hearing verschaffte er sich bei der Versammlung der SP Dorneck-Thierstein als Referent Luft. Die Versprechen Müllers – das Allerheilmittel «Stellenabbau beim Kanton» soll die grosszügige Unterstützung der einzelnen Regionen, Steuer-senkung sowie einen Schuldenabbau ermöglichen – hätte Zanetti noch geschluckt, auch wenn «das alles nicht aufgehen kann», wie er sagte. Den Bogen überspannt habe der SVP-Kantonpräsident dann aber mit der Forderung, Eltern für Unterricht an der Volksschule zur Kasse zu bitten.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte FdP-Kantonpräsident Ruedi Nützi als Gralshüter des «Liberalismus» Müller stoppen müssen, sagte Zanetti: «Dass er da nicht haltla Müllerli gesagt hat, ist ein ausgekochter Skandal.» Denn der freie Zugang zu den Schulen sei eine historische Errungenschaft der Liberalen. Heute sei der Sprachunterricht ein wichtiges Mittel zur Integration fremdsprachiger Jugendlicher, das keinesfalls nur Kindern aus gut betuch-

tem Hause vorbehalten bleiben darf, wie er der BaZ sagte.

Nach Ansicht von Müller hätte Zanetti diese Vorwürfe nicht erst im Nachhinein, sondern bereits am Hearing klar äussern sollen. «Eigentlich haben wir abgemacht, dass wir nicht über einen abwesenden Kandidaten herziehen», sagte Müller auf Anfrage der BaZ. Doch im Wahlkampf gelten eigene Gesetze, die er akzeptiere.

Er selbst möchte sauber im Stil und klar im Inhalt um die Wählerstimmen kämpfen. Er rücke nicht vom Standpunkt ab, dass es sich der Staat nicht mehr leisten könne, Spezialangebote wie Deutschkurse für Fremdsprachige vollumfänglich zu zahlen. Widersprüche in seiner Argumentation sieht er nicht. Drastische Einsparungen sind dank einem Stellenabbau beim Staatspersonal möglich, ist er überzeugt.

Ebenso gelassen wie Müller reagierte Nützi auf die Anwürfe Zanettis. «Wenn er sich unter seinen Leuten beklagt, so ist das sein Ding», sagte er auf Anfrage. Profitieren von dem Hickhack könnte einer, der sich heraushält: Klaus Fischer. Zumindest im Schwarzbubenland. Für Zanetti jedenfalls ist klar, dass er es bei den Wahlen in der Region schwer haben wird. «Das ist das Homeland von Klaus Fischer», sagte er.

«Freie» Gedanken zum Bildungswesen

Über die Schule diskutierten an ihrer Jahresversammlung die «Freien Wähler Dornach». Gastreferentin Pia Amacher aus Reinach, Präsidentin «Elternlobby Schweiz», kämpft für das Recht einer freien Schulwahl.

Dornach. ing. «Die Eltern sollen entscheiden können, welche Schule ihr Kind besucht.» Engagiert setzte sich Pia Amacher aus Reinach für das Recht einer freien Schulwahl in der Schweiz ein. Sie forderte die Bewohner von Dornach auf, mit einem mutigen Entscheid für eine angemessene finanzielle Unterstützung im Kanton eine Führungsrolle zu übernehmen. Sie weist darauf hin, dass rund 200 Kinder aus der Gemeinde eine nicht staatlich finanzierte Schule einer privaten Trägerschaft besuchen. Das ist rund ein Drittel aller schulpflichtigen Kinder der Gemeinde. 30000 Franken ist der jährliche Pauschalbeitrag, den die Gemeinde heute an die Steiner-Schule Birseck bezahlt. Dieser sehr niedrige Bildungsbeitrag für fast 185 Kinder bringt Pia Amacher in Rage. Auch ihre drei Kinder besuchen eine Steiner-Schule. «Wir Eltern sind die Geschädigten.» Mit ihren Steuererzahlungen würden die staatlichen Schulen finanziert und gleichzeitig müssen sie für das Schulgeld ihrer Kinder aufkommen. Damit würde eine Zweiklassengesellschaft geschaffen. «Wer Geld hat, kann sich eine Privatschule leisten. Die «Armen» müssen die Staatsschule besuchen.»

Die Frage der Finanzierung

Gesprächsleiter, Gemeinderat Hans Hasler, wies in der Diskussion zu diesem brisanten Thema auf den Wandel in der heutigen Gesellschaft hin. «In der Schweiz haben wir noch Mühe, uns an den Gedanken an ein freies Schulsystem zu gewöhnen.» Als zur Zeit des Kulturkampfes vor 150 Jahren das staatliche Schulsystem eingeführt wurde, habe dieses seine Berechtigung gehabt. Und noch immer gehöre es zur Aufgabe des Staates, das Bildungswesen zu sichern. Heute stelle sich jedoch die Frage, ob der Staat alles selber in den Händen halten müsse. Hasler warnte allerdings vor zu grossen Schritten: «Die Wirklichkeit holt uns schneller ein, als uns lieb ist.»

Als Diskussionsgrundlage wünschte sich Pia Amacher einen Gemeindebeitrag pro Kind und Jahr, welche dem Schulgeld im regionalen Ausgleich entsprechen würde. Könnte dies in Dornach umgesetzt werden, betrüge der jährliche Beitrag der Gemeinde an private Schulen rund 2,1 Millionen Franken. Doch auch mit einer Zustimmung von lediglich 2000 Franken pro Kind sähe Pia Amacher eine Chance für die Region. Als Vorbild verwies sie auf die skandinavischen Länder. Innerhalb von Rahmenbedingungen stellen dort die Lehrer ihren eigenen Lehrplan auf. Unterschiedliche Schulformen sind innerhalb eines Schulgebäudes vereint. Damit ein solcher Traum auch in Dornach verwirklicht werden könnte, forderte Pia Amacher dazu auf, innerhalb einer Elternlobby in der Gemeinde aktiv zu werden. Ein vom Regierungsrat verabschiedetes Reglement «über die Ausrichtung von Gemeindebeiträgen an private Schulen» würde den Fortbestand der Zahlungen sichern.

Die Folgen

Eine Gesprächsteilnehmerin warnte vor dem Verteilen von «Bildungsgut-scheinen». Damit würde die Ghettoisierung vorangetrieben. Der Anteil an Ausländerkindern pro Klasse würde vor allem in Stadtgebieten massiv ansteigen. Es wurde auch vielen Eltern die Gleichgültigkeit vorgeworfen, dass sie sich nicht darum kümmern, welche Schule für ihr Kind die Beste sei. Ein anderer Votant sprach sich für ein möglichst freies Schulsystem aus, das innerhalb von Rahmenbedingungen das Angebot einer Steiner-, Maria-Montessori-, einer jüdischen oder einer islamischen Schulbildung zulasse. Damit eine Bewilligung für eine Privatschule erteilt wird, müssen aus der Sicht des Staates bestimmte Grundlagen erfüllt sein. Um nun aber eine Chancengleichheit im Rahmen der Menschenrechtskonvention für eine freie Schulwahl auf der gesamtschweizerischen Ebene zu erreichen, plant die «Elternlobby Schweiz» einen Vorstoss bei den kantonalen Erziehungsdirektionen zur Schaffung entsprechender Gesetzesgrundlagen.